



Post aus Berlin März 2019

>>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

Liebe Freunde,

genau ein Jahr ist es her, dass Dr. Angela Merkel zum vierten Mal zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde. Ein Jahr Große Koalition (GroKo), das nicht immer geprägt war von einem geräuschlosem sachpolitisch orientiertem Handeln, indem tatsächlich aber schon einiges für das Land und die Bürger erreicht wurde. Seit vergangenen September gibt es das Baukindergeld, mietrechtliche und grundgesetzliche Änderungen zum sozialen Wohnungsbau wurden beschlossen, um für einen bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, ein großes Rentenpaket wurde mit der Mütterrente II geschnürt. Tausende Stellen bei der Bundepolizei und dem Bundeskriminalamt wurden geschaffen und auch im Jahr 2019 steht für uns das Thema „starker Staat“ fest im Fokus.

Gerade vor wenigen Wochen haben wir den Weg für den Digitalpakt, der den Digitalen Wandel im Schulwesen gestalten soll, frei gemacht. Am 15. März hat nun auch der Bundesrat „grünes Licht“ gegeben. Nun sind die Länder am Zuge: In Schleswig-Holstein arbeitet das Bildungsmi-
nisterium mit Hochdruck an den notwendigen Förderrichtlinien, damit das Geld bei den Schulen in unserem Land auch noch in diesem Jahr ankommt.

Wo auf Bundesebene künftig Geld ankommt oder nicht, sorgte auch in dieser Woche für erheblichen Gesprächsstoff. Das Bundeskabinett hat in dieser **die Eckwerte für den Haushalt 2020 und für den Finanzplan bis zum Jahr 2023** beschlossen. Der Finanzplan ist ein regierungsseitiges Planungsinstrument und zeigt die künftigen Schwerpunkte auf, damit ist er schon jetzt für die Aufstellung der Haushalte der kommenden Jahre ein wichtiger Indikator. Wenig verwunderlich erscheint der Anstieg der Sozialausgaben, gerade mit Blick auf den Verteidigungsetat und die Verpflichtungen, die sich aus dem NATO-Bündnis ergeben, kann die Entwicklung allerdings nicht zufriedenstellen. Für das Haushaltsjahr 2020 wird eine NATO-Quote von 1,37 % des Bruttoinlandproduktes (BIP) erreicht. Zu wenig, um den Anforderungen der Bündnispartner gerecht zu werden. Hiernach wären 1,5 % des BIP erforderlich. Die Reaktion aus dem Ausland, insbesondere auch aus den USA, ließ nicht lange auf sich warten und bestätigt meine Haltung: Deutschland wird als international als starker Partner wahrgenommen, diese Stellung sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Deshalb gilt es auch bei der Aufstellung der Finanzpläne nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen Verpflichtungen im Fokus zu behalten.

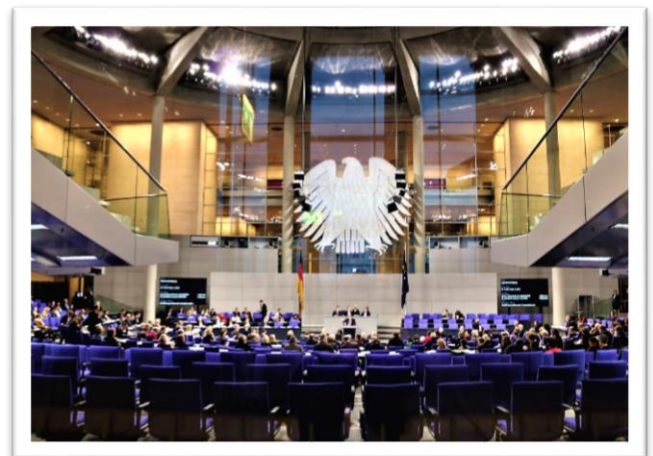


>>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen an.

Es bleibt daher abzuwarten, ob und wie stark sich der zu erwartende Druck, der sich dann von der Basis ergeben wird, auch auf die Große Koalition auswirken wird.

Aus dem Parlament



Gleich zwei wichtige Gesetzesänderungen zum Thema Diesel-Fahrverbot wurden im Parlament weiter auf den Weg gebracht. In 2. & 3 .Lesung stand ein **Gesetz zur Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BlmschG)** auf der Tagesordnung. Künftig sollen Fahrverbote, sofern die NOx-Grenzwerte $50\mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft im Jahresmittel nicht überschritten werden, nicht erforderlich sein. Zudem wird geregelt, dass Fahrzeuge mit geringen

#Eckwerte

Bundeshaushalt 2020 und Finanzplan bis 2023 in Mrd. Euro

	Ist 2018	Soll 2019	2020	Finanzplan 2021 2022 2023		
Ausgaben	347,9	356,4	362,6	366,1	371,8	375,1
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	5,2	2,4	1,7	1,0	1,6	0,9
davon:						
Investitionen	38,1	38,9	39,6	39,6	39,6	39,6
darin enthaltene Zuführung Sondervermögen "Digitale Infrastruktur"	2,4					
Einnahmen	347,9	356,4	362,6	366,1	371,8	375,1
davon: Steuereinnahmen	322,4	325,5	328,6	337,5	348,8	360,2
Neuverschuldung	-	-	-	-	-	-

Stand: 20. März 2019
© Bundesministerium der Finanzen

Egal wie der Sommer 2019 wird; schon jetzt steht fest: Hitzige Diskussionen im Plenum sind zu erwarten.

Eine Bewährungsprobe ganz anderer Art wird, nach meiner Einschätzung, neben der Europawahl die bevorstehende Bürgerschaftswahl in Bremen und die Kommunalwahlen in gleich sieben Bundesländern sein. Setzt sich der Abwärtstrend der Sozialdemokraten weiter fort, so ist damit zu rechnen, dass ein großer Teil der Mandatsträger in den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen ihr Mandat nicht mehr erringen können. Und im Herbst stehen die



>>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

Stickstoffoxidemissionen (EURO 4- & EURO 5-Fahrzeuge sowie EURO 6-Fahrzeuge) von Verkehrsverboten wegen Überschreitungen des Luftqualitätsgrenzwerts für Stickstoffdioxid ausgenommen werden. Mit diesen Regelungen wird die rechtliche Basis für Fahrzeuge mit einer geeigneten Hardware-Nachrüstung geschaffen.

Im quasi gleichen Atemzug erfolgte die 2.& 3.Lesung des Gesetzes zur **Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG)**. Kernpunkt ist die gesetzliche Kontrolle von Diesel-Fahrverboten. Neben der manuellen Kontrolle soll auch die elektronische Kennzeichenerfassung ermöglicht werden, allerdings nur anlassbezogen und mit mobilen Geräten. In der Praxis werden das Kennzeichen, das Fahrzeug sowie der Ort und die Teilnahme am Straßenverkehr erfasst. Ergibt ein Abgleich, dass das Fahrzeug in die Verbotszone rechtmäßig einfahren darf, werden die Daten automatisch gelöscht. Die Änderung des StVG ist in unserer Fraktion kontrovers diskutiert worden und in der Praxis wird sich zeigen, ob die Regelung mittelfristig einer gerichtlichen Überprüfung standhalten wird.

Im Fokus der Plenarwoche stand auch das **Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung (Terminservice- und Versorgungsgesetz – TSVG)**. Kürzere Wartezeiten auf einen Arzttermin, mehr Leistungen für Versicherte und eine bessere und flächendeckende Gesundheitsversorgung im ländlichen und strukturschwachen Raum ist das erklärte Ziel dieses Gesetzesentwurfes.

Unterwegs als Maritimer Koordinator

Auf Einladung der Niederrheinischen IHK habe ich in meiner Funktion als **Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft** den Duisburger Hafen und das Schifferberufskolleg Rhein besucht. Duisburg ist der größte Binnenschiffhafen der Welt und mit einer Vielzahl von Forschungs- und Bildungseinrichtungen ein wichtiger Knotenpunkt für die Maritime Wirtschaft. Das Schifferberufskolleg ist Deutschlands größte Berufsschule für Auszubildende in der Binnenschifffahrt.



Eintrag in das Goldene Buch -IHK Duisburg: MK Norbert Brackmann mit IHK-Präsident Burkhard Landers (Niederrheinische IHK) und Dr. Stefan Dietzfelbinger, Haupt-GF Niederrheinische IHK (links).

Der Duisburger Hafen ist für mich ein Innovationsmotor, der für die Einführung neuer Technologien auch gute



>>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

Testmöglichkeiten braucht. Die NRW-Initiative, ein Kompetenznetzwerk für autonomes Fahren in der Binnenschifffahrt zu errichten, begrüße ich sehr.

Vor uns liegen Wochen mit vielfältigen nationalen aber auch internationalen Herausforderungen. Ich werde weiter berichten und verbleibe mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'N. Brackmann'.

Norbert Brackmann